

nr. 7 – november 2016

ecke köpenicker

[Seite 3:](#) Märkisches Museum wird umgebaut [Seite 4:](#) Parkraumbewirtschaftung ab Herbst 2017

[Seite 6/7:](#) Bezirksbürgermeister im Interview [Seite 10:](#) Neues von der Eisfabrik



Ch. Eckelt

*Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung*

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!



Welche Ecke?

Sicher kennen Sie sich in Ihrem Kiez gut aus und wissen, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net

Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 5. Dezember. Unser letztes Bilderrätsel zeigte die Fassade des Leuschnerdamms Nr. 13. Gewonnen hat Heinz Pehle – herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

Wer verdient die Bezirksverdienstmedaille?

Das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin zeichnen auch für das Jahr 2016 wieder acht Personen mit einer Bezirksverdienstmedaille aus. Sie werden dafür geehrt, sich mit ihrem ehrenamtlichen Engagement und ihren persönlichen Leistungen in herausragender Weise um den Bezirk Mitte von Berlin verdient gemacht zu haben.

Vorschläge für die Bezirksverdienstmedaille können bis zum 31.12.2016 gemacht werden. Sie sollen bei der Geschäftsstelle des Bezirksbürgermeisters zusammen mit einer ausführlichen Begründung und Angaben zur Person eingereicht werden:

Ilona Assies, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin, Telefon 901 83 26 30, Ilona.assies@ba-mitte.berlin.de

Nachmieter gesucht!

Die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt hat ein Immobilienangebot auf ihrer Website veröffentlicht: Gesucht wird – wegen Ableben des Vormieters – ein Nutzer für 200 qm (Altbau, denkmalgeschützt), mit Swimmingpool, Garten und Fußbodenheizung, grün, ruhig und zentral in bester Innenstadtlage, U2, U8 sowie S-Bhf Jannowitzbrücke um die Ecke, ebenso der historische Hafen mit Inselstraßenbrücke sowie etliche Spätis. Das Domizil ist jedoch renovierungsbedürftig. Näheres sowie Kontakt finden Sie auf S. 9. us

Die nächste »Ecke Köpenicker« erscheint Mitte Dezember. Redaktionsschluss ist Freitag, der 2.12. Alle bisher erschienenen Ausgaben sind als PDF abrufbar auf den Websites www.luisenstadt-mitte.de und www.buergerverein-luisenstadt.de.

Termine

Im Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich das nächste Mal am Dienstag, dem 15. November um 18.30 Uhr. Als Interessenvertretung der Bürger ist sie ein wichtiges Gremium im Sanierungsgebiet. Die Sitzungen sind öffentlich, jeder, der dreimal teilgenommen hat, wird stimmberechtigtes Mitglied. Die BV freut sich über neue Mitstreiter!

Bürgersprechstunde im Sanierungsgebiet

Jeden Montag von 14 bis 18 Uhr steht das Koordinationsbüro als Gebietsbetreuer des Sanierungsgebiets bei einer Bürger- und Akteurssprechstunde zur Verfügung, um Fragen rund um das Sanierungsgeschehen zu beantworten. Zudem bearbeitet das Koordinationsbüro sämtliche Nutzungsanfragen für den Stadteilladen. Mehr Informationen auf der Website www.luisenstadt-mitte.de

Runder Tisch Köpenicker

Am Runden Tisch werden aktuelle Probleme im Sanierungsgebiet debattiert. Er findet alle zwei Monate statt. Nächster Termin: Dienstag, 15. November, 11–13 Uhr

Stadteilkoordination

Offene Sprechstunde: mittwochs 15–18 Uhr
Kontakt: Sylvia Euler, KREATIVHAUS e.V., Fischerinsel 3, 10179 Berlin, (030) 238 09 13 stadtteilkoordination@kreativhaus-tpz.de

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 28331 27, ecke.koepenicker@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung:

capa, Anke Fesler, www.capadesign.de

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de

Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Frischzellenkur für das Museum

Das Märkische Museum wird samt Umfeld saniert und umgebaut

Der frische Wind und das Aufatmen im Märkischen Museum waren schon seit dem Frühjahr spürbar. Die Energie des neuen Museumsdirektors Paul Spies, der seit Februar die Stiftung Stadtmuseum Berlin führt, ist wie ein Befreiungsakt für das Haus, das seit etlichen Jahren unter arger Missachtung litt: Stellenkürzungen, hoher Sanierungsbedarf, räumliche Enge bei riesigen Sammlungsdepots, zudem das Image der Verstaubtheit und die stadträumliche Abgeschnittenheit vom Zentrum. Es fehlte an Mitteln und Raum, an spürbarer Wertschätzung seitens des Landes Berlin und an einem Gesamtkonzept. Dabei ist das Märkische Museum das Herzstück der Stiftung Stadtmuseum und das größte kulturhistorische Museum Mitteleuropas.

Im Sommer wurden nun Spies' Pläne für die Stiftung mit fünf städtischen Museen und auch seine Ausstellungskonzeption für das geplante Humboldt-Forum vorgestellt und mit großem Interesse aufgenommen.

Städte, so Spies, seien »Schnellkochtöpfe einer neuen globalen, diversen Gemeinschaft«. Mit ihnen seien auch die Stadtmuseen im Umbruch und bergen ein enormes Potenzial, um die vielfältigen Stadtakteure und Communities anzusprechen.

Wenn sich Spies durchsetzt, wäre das Humboldt-Forum vor der Gefahr bewahrt, zum wichtigstuerischen Berliner »Rom der Zeitgeschichte« aufgeblasen zu werden, wie es die Senatskulturverwaltung mal vorgesehen hatte. Statt als Rom 4.0 nordet Spies nun das relativ kleine Berlin jenseits jeglichen City-Marketings realitätsnah in einer sehr großen und ziemlich unübersichtlichen Welt ein.

Dennoch hat das kleine Berlin eine keineswegs kleine Geschichte im letzten Jahrhundert. Diese zu erzählen, ist die Aufgabe der Stadtmuseen. Zugleich sollen sie Raum für neue städtische Debatten, Generationen und Kommunikationsformen bieten.

Für das Märkische Museum heißt das: Das Gebäude wird saniert und grundlegend neu gestaltet. Es wird inhaltlich verbunden mit dem benachbarten, stark sanierungsbedürftigen Marinehaus (über dessen Geschichte unser Autor Falko Hennig in der letzten Ausgabe berichtete), das zu einem Kulturzentrum mit Ateliers und Veranstaltungsräu-

men umgebaut wird. Museum, Marinehaus und Köllnischer Park sollen zum »Kreativquartier« werden.

Im Sockelgeschoss des Märkischen Museums werden künftig wechselnde Sonderausstellungen gezeigt. Bereits im kommenden Frühjahr wird hier auf ca. 700 Quadratmetern der neue Bereich eröffnet: mit einer Ausstellung zum Berliner Alltag im Jahr 1937, während des Nationalsozialismus. Geplant sind weitere Ausstellungen beispielsweise zur Industrie- oder Architekturgeschichte, zu historischen Ereignissen oder politischen Bewegungen.

Für das Hauptgeschoss ist ein »Rundgang durch die Geschichte Berlins« konzipiert, der sich knapp auf wesentliche Linien konzentrieren soll. Im Obergeschoss sollen Spezialthemen präsentiert werden, bei denen aus dem gigantischen Fundus von mehr als 4,5 Millionen Sammlungsobjekten geschöpft werden kann. Dort sollen auch die drei historischen, 1908 angelegten Museumsräume – der Waffensaal mit Ritterrüstungen, das Zunftzimmer und die Kapelle mit mittelalterlicher Kunst – erhalten bleiben.

Außerdem soll es mehr Raum zum Experimentieren, für Bildung und Vermittlung geben, mit Angeboten insbesondere für Schulklassen und Familien mit Kindern.

Ein wesentliches Problem bleibt freilich trotz konzeptionellem Geist und kuratorischer Klugheit: die Raumnot. Was wird beispielsweise aus den beachtlichen kino- und theaterhistorischen Sammlungen?

Die Hoffnungen, die sich mit dem neuen Aufbruch verbinden, schließen auch das Umfeld mit ein. Schon vor einigen Jahren war die Neugestaltung des Parks um das Museum geplant, auch finanzielle Mittel standen mit dem Förderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz zur Verfügung. Doch

dann wurde – wohl auch mit Blick auf die Neuausrichtung des Museums – erstmal alles auf Eis gelegt. Nun könnte die Sanierung des Parks wieder in die Planung aufgenommen werden.

Zukunftsmusik bleibt allerdings vorerst die Neuauflage der historischen Waisenbrücke, die einst von der »königlichen Residenzstadt« über die Spree zum Köllnischen Park führte. Im Frühjahr 1945 hatte die Wehrmacht einen Brückenbogen gesprengt, um die russischen Truppen aufzuhalten. Nach Kriegsende diente eine Notkonstruktion auch als Verkehrsweg für die Trümmerbahn. 1960, als die neue Jannowitzbrücke in Betrieb genommen werden konnte, wurde sie abgerissen. Seitdem fehlt dem Märkischen Museum die unmittelbare Anbindung an das Ostberliner Zentrum.

Im Wunsch nach der Wiederherstellung dieser Verbindung sind sich die meisten einig. Im Sommer veranstaltete das Märkische Museum eigens einen Workshop zur Gestaltung einer neuen Waisenbrücke, es gibt viele kreative Ideen.

Dennoch wird der Brückenbau warten müssen. Dabei wäre das vielleicht noch nicht einmal ein finanzielles Problem. Aber es fehlt schlicht an Personal in der Berliner Verwaltung, speziell an Brückenbau-Ingenieuren, um den jahrelangen Instandsetzungstau abzuarbeiten. Die Warteliste maroder Brücken, die als wichtige Verkehrsadern dringend repariert werden müssen, ist so lang, dass an Neubau vorerst kaum zu denken sein wird. us

Während der Umbauphase ist das Märkische Museum dennoch mit Einschränkungen zu besichtigen: zum ermäßigten Eintrittspreis von 4 Euro, täglich (außer montags) von 10 bis 18 Uhr.



Parkraumbewirtschaftung ab Herbst 2017

Praktische Hinweise

In der letzten Ausgabe berichteten wir über den Beschluss des Bezirksamts Mitte, auch in der Nördlichen Luisenstadt die Parkraumbewirtschaftung einzuführen. Dies kommt insbesondere den Anwohnern entgegen, die über den zunehmenden Konkurrenzdruck um Stellplätze im Gebiet klagen und oft Probleme haben, einen Parkplatz in Wohnnähe zu finden. Voruntersuchungen zur Parkraumbewirtschaftung bestätigten, dass der vorhandene Parkraum zu mehr als 100 Prozent ausgelastet ist. Der Druck entsteht insbesondere durch im Gebiet Beschäftigte (u.a. bei Vattenfall und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung) und Besucher.

Leser baten uns nun um die Beantwortung konkreter praktischer Fragen, etwa zu Anwohnervergütungen. Hier die Beantwortung der häufigsten Fragen.

Ab wann und wo gilt die Parkraumbewirtschaftung?

Sie wird erst ab Herbst 2017 in Kraft treten. Bis dahin müssen noch wichtige Vorarbeiten geleistet werden, u.a. die Aufstellung von Parkscheinautomaten, die Einstellung von neuen Mitarbeitern im Ordnungsamt zur Überwachung der Parkzonen, die Ausschilderung etc. Eine Karte der Gebiete ist u.a. auf der Website der Betroffenenvertretung Luisenstadt www.luise-nord.de veröffentlicht.

Was bedeutet die Parkraumbewirtschaftung praktisch für Anwohner?

- Sie müssen eine Anwohnervergütung beantragen. Diese gilt für zwei Jahre und kostet 20,40 Euro (Bearbeitungsgebühr).
- Ein Bewohnerparkausweis wird für jeweils ein Kraftfahrzeug in der Parkzone des Wohnsitzes ausgestellt. Nur in begründeten Einzelfällen können mehrere PKW-Kennzeichen eingetragen werden.
- Die Vignette kann man bei jedem der Bürgerämter in Mitte persönlich beantragen. Schriftlich kann der Antrag auch per Post (an: BüD 15, 13341 Berlin), Fax (901 84 45 05) oder per E-Mail gestellt werden. (Alle Anträge online abrufbar unter <https://service.berlin.de/dienstleistung/121721>). Weitere Auskünfte gibt das Bürgeramt unter der Telefon 90 18 20.
- Die Parkraumbewirtschaftung ist erfahrungsgemäß eine deutliche Entlastung der Anwohner. Zudem sind in der Nördlichen Luisenstadt ab Einführung der neuen Parkzonen einige Straßen nur noch für Anwohnerparken vorgesehen. Dazu zählen die Adalbert- und Melchiorstraße sowie Teile von Wohnstraßen wie die Alexandrinen- und die Stallschreiberstraße.
- Generell stellen jedoch weder Parkausweis noch eine Ausnahmegegenehmigung eine Berechtigung zum Parken auf einem bestimmten Stellplatz dar!

Gästevignetten

Häufig fragen Anwohner nach Parkvignetten für Bekannte oder Verwandte, die beispielsweise für ein Wochenende oder in den Ferien zu Besuch kommen. Auswärtige Besucher können bei längerem Aufenthalt eine Gästevignette für maximal 4 Wochen erhalten. Auch diese ist mit einem Antrag über das Bürgeramt erhältlich. Eine Gästevignette kostet derzeit bis 3 Tage: 10,20 Euro; bis 1 Woche: 13 Euro; bis 2 Wochen: 15 Euro; bis 3 Wochen: 20 Euro; bis 4 Wochen: 25 Euro.



Ch. Eckelt

Gewerbetreibende und Lieferverkehr

- In Ladezonen für den Lieferverkehr darf ohne Parkschein nur zum Be- und Entladen oder Ein- und Aussteigen gehalten werden!
- Betriebe und Einrichtungen im Parkraumbewirtschaftungsgebiet erhalten für den »mindest erforderlichen Bedarf zum Parken ihrer betrieblich genutzten Fahrzeuge« Ausnahmegenehmigungen. Dieser Bedarf muss nachgewiesen werden.
- Die persönliche Beantragung für Betriebsvignetten und Ausnahmegenehmigung für Betriebe und Schichtarbeiter ist in der Straßenverkehrsbehörde des Ordnungsamtes im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, möglich. (Zimmer 1039, 1040 und 1040a, Di 9–12 Uhr, Donnerstag 13.30–17.30 Uhr)
- Weitere Auskünfte erteilen das Ordnungsamt Mitte bzw. das Bürgeramt.

Parkgebühren für auswärtige Gebietsbesucher

- In den künftigen Parkzonen müssen Besucher 50 Cent pro angefangener Viertelstunde entrichten. Das gilt montags bis freitags zwischen 9 und 20 Uhr sowie samstags zwischen 9 und 18 Uhr. An Sonn- und Feiertagen werden keine Gebühren erhoben.

Was bringt die Parkraumbewirtschaftung?

Erfahrungsgemäß eine deutliche Entspannung der Situation für Anwohner. Die Gebühren von zehn Euro pro Jahr für den Verwaltungsaufwand dürften dabei für jeden, der ohnehin ein KFZ mit sämtlichen Kraftstoff-, Versicherungs-, Reparatur- und anderen Kosten finanziert, zu verschmerzen sein. Zum Vergleich: Ein privater Stellplatz in einer Tiefgarage o.ä. kostet derzeit zwischen 100 und 150 Euro. Monatlich.

Parkdruck-Verdrängungsfaktor

Ab Herbst 2017 wird wildes Parken in der Nördlichen Luisenstadt durch das Ordnungsamt geahndet. Auch die Touristenbusse beispielsweise vor dem A&O-Hostel in der Köpenicker Straße müssen deshalb spätestens dann ausweichen. Die Folgen wird wohl zunächst der angrenzende Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zu spüren bekommen – bis auch dort eine Parkraumbewirtschaftung eingeführt wird.

us

Weitere Informationen unter: www.stadtentwicklung.berlin.de/verkehr/politik_planung/strassen_kfz/parkraum

Kommentar

Ressort-Salat

Mit dem neuen Bezirksamt rotieren auch die Zuständigkeiten wieder

159 Wählerstimmen können entscheidend sein: In der neuen Bezirksverordnetenversammlung von Mitte verfügen die Bündnisgrünen und die SPD zwar jeweils über 14 Sitze und haben damit zusammen eine hauchdünne Mehrheit. Weil aber die Grünen bei der Bezirkswahl 159 Stimmen mehr bekamen als die SPD, stellen sie jetzt den Bezirksbürgermeister und einen weiteren Stadtrat. Die SPD erhielt dagegen nur noch einen Stadtratsposten, ebenso CDU und die Linke. Ende Oktober wählte die neue BVV den Bezirksbürgermeister und drei Stadträte mit klarer Mehrheit – die Linke muss noch schnell im November einen neuen Kandidaten für die Ressorts Jugend und Bürgerbeteiligung suchen.

Und so sind sie verteilt: Stephan von Dassel (Bündnis 90/Grüne) ist neuer Bezirksbürgermeister und verantwortlich für Personal, Finanzen, Wirtschaftsförderung und das Ordnungsamt. Ephraim Gothe (SPD) war bereits von 2006 bis 2011 Stadtentwicklungsstadtrat in Mitte, jetzt übernimmt er die Ressorts Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit. Carsten Spallek (CDU), der in den letzten fünf Jahren als Stadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung zuständig war, bekommt jetzt die Ressorts Schule, Sport und Facility Management (damit auch das Hochbauamt). Sabine Weißler, die zweite bündnisgrüne Stadträtin, bleibt ebenfalls im Amt. Künftig ist sie nicht nur für das Amt für Weiterbildung und Kultur sowie das Umweltamt zuständig, sondern auch für das Straßen- und Grünflächenamt.

Die Frage ist, warum nach jeder Wahl aufs Neue das Ressort-Karusell im Bezirk rotieren muss – und nicht nur in diesem. Die neuen Ämterverteilungen werden in den Bezirken durch Zählgemeinschaften (sowas wie Koalitionsgespräche auf Bezirksebene) ausgehandelt.

Das mag zwar die bezirkspolitischen Verhandlungen beflügeln – die Ergebnisse machen es den Bürgern aber nicht leichter, die ohnehin komplizierte Verwaltungsstruktur dieser Stadt (zweistufig mit Senat und Bezirken) zu begreifen und die Verantwortlichen zu identifizieren. Wer ist jetzt nochmal wofür zuständig?

Die Verwaltung, die doch eigentlich für Bürger da sein soll, wird alle fünf Jahre auf diese Weise durcheinandergewirbelt – mit dem Erfolg, dass sie dann erstmal gefühlt ein Jahr damit beschäftigt wird, sich neu zu sortieren.

Angesichts dieses Ressort-Pokers schlackern manchem Bürger die Ohren. Es hätte doch eine gewisse Logik, beispielsweise das Stadtentwicklungsamt mit dem Straßen- und Grünflächenamt (SGA) gekoppelt zu lassen – in fast allen anderen Bezirken sind sie in einer Abteilung zusammengefasst. Das SGA beschäftigt sich schließlich mit dem öffentlichen Raum, der im Stadtentwicklungsamt mit geplant und entwickelt wird. Städtebauförderprogramme, die die meisten Maßnahmen für den öffentlichen Raum finanzieren, werden vom Stadtentwicklungsamt und von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung betreut. Im Bezirk Mitte liegen zwei von neun Aktiven Zentren Berlins, vier von neun Fördergebieten im Programm Städtebaulicher Denkmalschutz, neun von 34 (ab nächstem Jahr sieben von 31) Quartiersmanagementgebieten, drei von 18 Fördergebieten der Programme Stadtumbau Ost bzw. Stadtumbau West, drei von neun Sanierungsgebieten. Mitte profitiert also weit mehr von diesen Förderprogrammen als jeder andere Bezirk. Da wären kurze Dienstwege und unkomplizierte Kommunikation zwischen den Mitarbeitern im Stadtentwicklungsamt und dem SGA sinnvoll.

Zum Beispiel wäre es eine wichtige Aufgabe, im Bezirk ein leistungsfähiges Fahrradstraßennetz aufzubauen. Die Planung dazu müsste das Straßen- und Grünflächenamt leisten, finanziert wird es dann meist über Städtebauförderprogramme, (Zuständigkeit: Stadtentwicklungsamt), für die Umsetzung neuer Verkehrsregeln auf Nebenstraßen wäre das Ordnungsamt verantwortlich: Zwei Stadträte und der Bezirksbürgermeister müssten sich also mit der dann zuständigen Senatsverwaltung auseinandersetzen. Und eine Bürgerbeteiligung sollte auch noch organisiert werden ...

cs/us

Bildecke



Ch. Eckelt



Ch. Eckelt (2)

»Erfolge erreicht man nur gemeinsam«

Ein Gespräch mit dem neuen Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel

Stephan von Dassel (Bügo/Die Grünen) war bislang stellvertretender Bürgermeister und Stadtrat für Bürgerdienste und Soziales im Bezirk Mitte. Berlinweit wurde er mit seinem Kampf gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum als Ferienwohnungen bekannt, auch mit der Aufdeckung von organisiertem Betrug durch Pflegedienste.

Jetzt wird er der zweite »grüne« Bezirksbürgermeister Berlins und ist für die Ressorts Wirtschaft, Finanzen, Personal zuständig, außerdem bleibt er Vorsitzender der Trägerversammlung des Jobcenters Mitte: »Das Jobcenter ist Chefsache.«

Bevor wir zu Ihrer künftigen Arbeit kommen, wollen wir einen Blick zurück werfen. Als Stadtrat für Bürgerdienste und Soziales waren Sie sehr engagiert, um das Zweckentfremdungsverbot hinsichtlich illegaler Ferienwohnungen durchzusetzen, und wollten im Bezirk Mitte eine »Task Force« ansiedeln, die diese Aufgabe für alle Bezirke übernehmen sollte. Das wäre zugleich eine neue Positionierung der Bezirke gegenüber dem Senat gewesen. Doch nun muss sich jeder Bezirk selbst kümmern. Woran ist das Vorhaben gescheitert?

Eine solche Zentralisierung wäre in der Tat Gold wert gewesen und hätte viele Vorteile geboten, u.a. einem effektiven Personaleinsatz. Hellersdorf hat nun mal weniger Probleme mit Ferienwohnungen als beispielsweise Mitte. Hinzu kommt, dass nun jeder

Bezirk anders mit dem Thema umgeht, so dass Anbieter unter Umständen bei drei Ferienwohnungen drei unterschiedliche Auslagen erhalten. Das schwächt die kommunale Position.

Alle anderen Bezirke und auch der Senat hätten das Projekt mitgetragen. Gescheitert ist es letztlich am damaligen Bezirksbürgermeister von Mitte, dem das finanzielle Risiko zu groß war, etwa bei Gerichtsprozessen. Dabei hätte uns der Senat unterstützt. Stattdessen kämpft jetzt jeder Bezirk für sich und führt auch die Prozesse allein und oft schlecht vorbereitet. Das führt dann zu merkwürdigen Urteilen, weil wichtige Argumente nicht vorgebracht wurden.

Halten Sie die Bündelung bezirklicher Aufgaben bei einzelnen Bezirken dennoch für ein Zukunftsmodell?

Teilweise gibt es das ja schon. Wo es sinnvoll ist, sollte man das weiter ausbauen. Aber bei der Zweckentfremdung ist der Zug jetzt wohl abgefahren.

Auch das Verhältnis zwischen dem Senat und den Bezirken muss klarer werden. Ein Beispiel ist die Prüfung von Bebauungsplänen, die immer noch als Doppelarbeit geleistet wird. Dabei gab es in Mitte in sieben Jahren nur einen einzigen B-Plan, bei dem es inhaltliche Einwände gab, alles andere waren Formalien. Oder die Bürgerämter: Sie haben gut funktioniert – bis die Sparvorgaben des Senats beim Personal anfangen. Frü-

her wartete man vielleicht zwei Wochen auf einen Termin, nach den Kürzungen mindestens sechs Wochen. 120 Stellen wurden weggespart. Nun bekommen wir wieder 110 zurück, mit dem Ergebnis, dass alle Neubesetzungen auf einmal eingearbeitet werden müssen. Das ist hirnlos. Zumal die Bürger, die diese Dienstleistungen in Anspruch nehmen, ja auch noch das Geld mitbringen und dafür bezahlen – es war ja kein Wasserkopf, den man da abgebaut hat.

Die Bezirke wehren sich ja nicht gegen einheitliches Agieren, wo es sinnvoll ist – beispielsweise sind die Öffnungszeiten der Bürgerämter weitgehend einheitlich.

Der Zustand der Verwaltung ist derzeit ein großes Thema in Berlin, auch angesichts des anhaltenden Wachstums der Stadt. Würde denn – beispielsweise bei den Bürgerämtern – eine Zentralisierung mit einem Landesamt für Bürgerdienste beim Senat besser funktionieren?

Mir fehlt das Vertrauen, dass der Senat es zentral besser könnte. Beispiel Digitalisierung: Es kann ja nicht so schwer sein, das Ausstellen einer Anwohnerparkvignette unkompliziert auch online zu regeln, andere Städte haben das längst. Aber hier gab es inzwischen drei Projektgruppen, die seit sieben Jahren forschen, wie man das machen kann.

Die Berliner Verwaltung hat ja eine spezielle Geschichte. Erst war die Stadt ein Inselstaat mit einem öffentlichen Dienst, in den jeder hineingeworben wurde, der nicht rechtzeitig auf dem Baum war. Nach dem Mauerfall und der Finanzkrise kam ein radikaler Abbau samt Einstellungsstopp, es fehlte an frischem Nachwuchs. Nun wird er wieder händeringend gesucht. Dabei wäre ein Personalabbau ganz automatisch gekommen – einfach, weil viel mehr Leute in Pension oder andere Jobs gingen, als nachkamen. Das Sozialamt hat heute zehn Stellen weniger, als wir einsparen mussten! Aber für ganz logische Dinge – beispielsweise eine kurzzeitige Doppelbesetzung für den Wissenstransfer, um Nachfolger einzuarbeiten – braucht es in Berlin »Sonderprogramme«. Dabei gibt es finanziell genug Spielraum und mehr Stellen als Personal. – Wir brauchen einfach mehr Flexibilität. Das Denken muss sich ändern, und das System. Auch bei Ausschreibungen: Hier geht es um Schnelligkeit und um Wertschätzung. Die Mitarbeiter sind schließlich unsere wichtigste Ressource!

Als Bürgermeister sind Sie künftig auch für Personalfragen zuständig. Was wollen Sie anders machen?

Es wird keine Klügelwirtschaft mehr geben. Ich will keine Parteifreunde oder Jasager um mich scharen – entscheidend ist nicht das Parteibuch, sondern Qualifikation und Motivation. Jede Stelle wird frühzeitig ausgeschrieben und über die Besetzung so zügig wie nur möglich entschieden. Jeder, der sich bewirbt, hat es auch verdient, dass man ihm schnellstmöglich antwortet.

Problematisch sind starre Vorschriften des Landes Berlin. Es ist doch irrwitzig, dass eine Bewerberin für das Sozialamt, die Sozialarbeit sogar an einer Hochschule studiert hat und über 30 Jahre Berufserfahrung verfügt, zunächst ein sechsmonatiges Praktikum absolvieren müsste und dann 500 Euro weniger als eine Berufsanfängerin verdient – nur weil sie ihren Abschluss nicht an der richtigen Fachhochschule gemacht hat. Für die Verwaltungslaufbahn in Berlin wird ein Abschluss an der Berliner oder an der Brandenburger Fachhochschule für Verwaltung vorausgesetzt. Ein Studium in einem anderen Bundesland wird als Qualifikation oft nicht anerkannt. Das ist doch provinzieller Irrsinn!

Mehrfach wurde das durch den Rat der Bürgermeister thematisiert. Auch dem Regierenden Bürgermeister Müller ist das bewusst. Aber da braucht es eben auch mal klare Basta-Politik, um solche Regelungen abzuschaffen.

Ist eine Neuordnung des ständig umstrittenen Verhältnisses zwischen Senat und Bezirken denkbar?

Das Kompetenzgerangel zwischen Senat und Bezirken bringt gar nichts. Hier muss sich ein neues Verhältnis entwickeln. In den nächsten anderthalb Jahren gehören alle Probleme auf den Tisch, daraus muss ein neues Konzept entstehen. Auch der Rat der Bürgermeister muss gestärkt werden. – Aber wir reden jetzt die ganze Zeit über Verwaltung. Es gibt ja noch andere wichtige Themen.

Welche sind Ihnen wichtig?

Integration und Wohnungsbau sind die Herausforderungen in den nächsten Jahren. Beides kann man nicht herbeizaubern. Wohnungsneubau bringt nur etwas, wenn nicht alle Mieten bei 15 Euro nettokalt anfangen. Wir brauchen insbesondere bezahlbare Wohnungen für Menschen mit wenig Einkommen, denen sonst die Verdrängung droht. Uns ist auch nicht geholfen mit ein paar Prozent Belegungsbindung wie im Neubauquartier Heidestraße, wenn die Mieten für WBS-Inhaber dann dort trotzdem unerschwinglich sind. Und wir müssen die soziale Infrastruktur mitentwickeln.

Was verstehen Sie unter Integration und was wollen Sie tun?

Parallelgesellschaften sind keine Erfindung von Migranten. Sie entstehen auch unter Langzeitarbeitslosen oder Jugendlichen ohne Abschluss.

Es reicht nicht, in den Integrationsbeirat zu gehen. Ich werde dahin gehen, wo es wehtut – und wo ich mit Menschen sprechen kann, die man sonst nicht mehr so einfach erreicht. In die Freitagsgebete in Moscheen. In Schulen, wo 30 Prozent der Jugendlichen ohne Abschluss abrechen. Ich will mit ihnen darüber reden, dass sie die Wahl haben: Zwischen einem selbstbestimmten Leben oder einem Leben als Hilfeempfänger, in dem das Jobcenter darüber entscheidet, wo und wie sie wohnen, ob sie Laub harken ... Ich werde ihnen so lange auf die Nerven gehen, bis sie mit mir darüber diskutieren.

Ich bin da schmerzfrei. Ich bin mit Flyern meiner Partei in Weddinger Eckkneipen gegangen und höre mir alles an – auch das Nölen, dass sich niemand um sie kümmert. Und genau deshalb will ich es ihnen nicht so leicht machen, wenn sie sagen: Man nimmt uns ja nicht zur Kenntnis. Niemand soll nach fünf Jahren über den Bezirksbürgermeister von Dassel sagen können: Der will doch nichts von uns wissen.

Gretchenfrage: Wie halten Sie es als bündnisgrüner Bürgermeister mit der Bürgerbeteiligung?

Man muss klar sagen, wo Bürgerbeteiligung anfängt und wo sie aufhört. Nicht bei allen Themen werden Bürger mitentscheiden können – sie dann trotzdem zu befragen, wäre Vorspiegelung falscher Tatsachen. Man kann nicht alles bis ins kleinste Detail diskutieren und muss von Anfang an deut-



lich machen, was der Bezirk oder das Land Berlin entscheiden muss und wo man völlig offen in die Diskussion gehen kann.

Bürgerbeteiligung beginnt schon mit rechtzeitiger Information. Die meisten Bürger wollen vor allem informiert werden, Vorgänge und Entscheidungen müssen transparent sein. Das fängt bei den Bauarbeiten am Rathausvorplatz im Wedding an: Wir müssen erklären, warum sich das jetzt verzögert, und für jeden sichtbar machen, wie der Platz künftig aussehen soll.

Unser Anspruch und auch eine Herausforderung ist es, wirklich einen repräsentativen Teil der Bevölkerung zu erreichen.

Was ist Ihnen als neuer Bezirksbürgermeister außerdem wichtig?

Es gibt einen Satz, der bei mir verboten ist: »Wir sind nicht zuständig.«

Wir sind immer zuständig. Wir sind der öffentliche Dienst im Land Berlin. Öffentliche Behörden müssen faktisch jeden Antrag annehmen, und sei es, um ihn an die richtige Stelle weiterzuleiten.

Und im Bezirksamt wird es sehr wichtig sein, mit vier Parteien und unterschiedlichen Charakteren so etwas wie einen »team spirit« zu entwickeln und mit Vernunft zu handeln. Das Credo ist, dass man wirkliche Erfolge nur gemeinsam erreicht. Jeder bekommt seine Ressourcen und seine Öffentlichkeit, um seine Arbeit erfolgreich zu machen. Wir müssen eine Kultur vorleben, die sich auch auf die Verwaltung überträgt. Kleinkriege und Konkurrenzen bringen niemandem etwas, wir brauchen die Zusammenarbeit.

Interview: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Kommt der Grundschulnotstand?

In fünf Jahren sollen rund 3000 Grundschulplätze im Bezirk fehlen



Berlin braucht dringend mehr Schulen. Zum Schuljahr 2021/22 werden rund 15.000 Grundschulplätze fehlen, davon geht der Senat aus. Bis zum Schuljahr 2024/25 sollen die Kapazitäten weiter ausgebaut werden und sich der Notstand wieder entschärfen. Besonders betroffen ist der Bezirk Mitte.

Das jedenfalls berichtete die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft dem Berliner Abgeordnetenhaus in einem Schreiben vom 14. September – eine Woche nach der Wahl. Dabei wurde eine aktualisierte Schulentwicklungsplanung vorgestellt, die im Mai und Juni gemeinsam mit den Bezirken erarbeitet worden war und die von wesentlich mehr künftigen Schülern ausgeht als bisher angenommen. Im Bezirk Mitte reicht das Angebot an Grundschulplätzen derzeit zwar noch aus, der Bedarf würde nach den neuen Annahmen bis zum Schuljahr 2021/22 aber um mehr als 5000 bzw. rund ein Drittel ansteigen. Die aktuelle Planung im Bezirk sieht nur eine Kapazitätserweiterung von rund 2000 Schulplätzen in diesem Zeitraum vor; demnach würden also etwa 3000 Plätze fehlen.

Der Anspruch, Grundschüler wohnungsnah einzuschulen, wird dabei offenbar aufgegeben: »Auf die steigenden Flächennutzungskonflikte insbesondere im innerstädtischen Bereich wird von Seiten der Schulstandortplanung mit einer auf Erreichbarkeit ausgerichteten Schulnetzplanung reagiert«, so heißt es in dem Schreiben der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft. »Aufgrund der schnell wachsenden Nachfrage« besitze »die zeitnahe Verfügbarkeit und die verkehrliche Lagegunst neuer Schulstandorte Priorität gegenüber der regionalen Verteilung.« Mit anderen Worten: Schulneubau und Schulerweiterung sind das Gebot der Stunde, egal wie sich der regionale Bedarf in der Umgebung entwickelt. Zur Not muss man die Kinder eben mit Bussen zur Schule karren.

In Mitte soll bis 2021/22 neuer Schulraum für insgesamt 14,5 Züge mit jeweils 144 Schülern geschaffen werden, eine klassische Grundschule umfasst 2,5 bis 4 Züge. Notwendig wären in diesem Zeitraum jedoch 34,4 neue Züge. Bis 2024/25 sollen noch einmal 22 Züge hinzukommen, wobei sich allerdings noch nicht so recht erschließt, wo. Dann läge das Defizit nur noch bei 3,4 Zügen oder rund 500 Grundschulplätzen im Bezirk.

Aus den Nachbarbezirken sollte man sich keine Entlastung erwarten. Insbesondere in Friedrichshain und Prenzlauer Berg würden gleichfalls große Fehlbedarfe entstehen, zudem wird es auch in der Charlottenburger City kaum Kapazitäten für Schüler aus Mitte geben.

Allerdings besteht auch die Hoffnung, dass es ganz so schlimm doch nicht kommen wird. Denn die extrem steigende Anzahl der Grundschüler in der Senatsberechnung begründet sich auch mit dem starken Wohnungsneubau im Bezirk Mitte. Ob dieser tatsächlich viele Kinder im Grundschulalter aufnimmt, mag aber bezweifelt werden: »Mikrowohnungen« für Studenten eignen sich nämlich nicht für Familien, und in die hochpreisigen Eigentumswohnungen der Oberschicht verirren sich auch eher selten Schulkinder.

Eng würde es nach der neuen Schulentwicklungsplanung für Grundschüler u.a. in folgenden Schulregionen:

- Parkviertel: Hier fehlen bis 2021 rund 700 Grundschulplätze, bis 2024 rund 850. Geprüft werden sollen jetzt Erweiterungen der Gottfried-Röhl-, der Möwensee- und der Anna Lindh-Grundschule. In der benachbarten Schulregion »Osloer Straße« kann zudem der Schulstandort Gotenburger Straße (ehemalige Wilhelm-Busch-Schule) reaktiviert werden, die dann auch Schülern aus dem Parkviertel offen stehen soll.
- Wedding: Bis 2021 fehlen rund 500 Grundschulplätze, bis 2025 knapp 600. Mit einberechnet ist dabei bereits die Erweiterung der Brüder-Grimm- und der Wedding-Grundschule sowie eine Reaktivierung des Schulstandortes Tegeler Straße. Später soll auch eine Erweiterung der Leo-Lionni-Grundschule hinzukommen. Auch hier wird auf die ehemalige Wilhelm-Busch-Grundschule in der Region »Osloer Straße« verwiesen.
- Moabit Ost: Der Fehlbedarf bis 2021 wird auf gut 400 Grundschulplätze prognostiziert, bis 2025 auf rund 500. Bereits geplant ist die Erweiterung der Kurt-Tucholsky-Grundschule, freie Kapazitäten gibt es allerdings noch im benachbarten Moabit-West. Dort wird die Heinrich von Stefan-Gemeinschaftsschule einen Grundschulzweig aufbauen.
- Heine-Viertel: Hier hält sich der Fehlbedarf dank der geplanten Reaktivierung des Standortes Adalbertstraße in Grenzen. Eingepplant ist zudem schon die Erweiterung der City-Grundschule.
- Sehr drastisch entwickelt sich der Fehlbedarf in der Region »Brunnenstraße«. Trotz geplanter Erweiterungen zweier Grundschulen fehlen hier 2021 rund 700 und bis 2024 rund 850 Plätze. Auch im Gebiet Alexanderplatz wird es in fünf Jahren rund 350 Plätze zu wenig geben, ab 2025 rund 400, die Erweiterung der GutsMuths-Grundschule ist dabei schon einberechnet.

Gesucht: Eine Nutzung für den Bärenzwinger

Und hier die Auflösung von Seite 2: Bei der Immobilie handelt es sich um den Bärenzwinger im Köllnischen Park, der 1939 – kurz vor Kriegsbeginn – eingeweiht worden war. Nach dem Krieg und der Rekonstruktion des teilweise zerstörten Zwingers zogen hier wieder Bären ein. Doch nachdem die letzten Stadtbären Thilo, Maxi und zuletzt auch Schnute das Zeitliche gesegnet hatten, steht das Gehege leer.

Während die Erneuerungspläne für das Märkische Museum, das benachbarte Marinehaus sowie den Köllnischen Park halbwegs klar sind, fehlt es noch immer an einer überzeugenden und realisierbaren Nachnutzungsidee für die Anlage, die dem Bezirk Mitte gehört. Bislang gab es noch keinen zündenden Einfall, der zugleich eine Chance auf Realisierung hätte. Eine Nutzung für gastronomische Zwecke wird jedenfalls ausgeschlossen.

Die Betroffenenvertretung und der Bürgerverein Luisenstadt rufen nun die Bürger auf, sich mit kreativen Vorschlägen und Ideen zu beteiligen. Melden kann man sich bei Volker Hobrack, der in beiden Gremien aktiv ist: Telefon 279 54 08 (Telefon / Anrufbeantworter des Bürgervereins, Mail: volker.hobrack@gmail.com). Oder einfach per Brief abgeben im Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101.



Bitte die Wasservögel am Engelbecken nicht füttern!

Kinder und Erwachsene haben oft Freude daran, Wasservögel am Ufer mit altem Brot anzulocken und zu füttern. Die meisten glauben, den Tieren damit etwas Gutes zu tun, insbesondere in der kalten Jahreszeit. So freundlich das gemeint ist: Es schadet sowohl den Tieren als auch den Gewässern – insbesondere, wenn letztere so klein sind wie das Engelbecken am Michaelkirchplatz.

Wasservögel finden auch im Herbst und Winter ausreichend natürliches Futter in den Gewässern, sie gründeln am Gewässergrund und dort nehmen Wasserpflanzen und kleine Wassertiere auf.

Brot ist für Enten und andere Wasservögel nicht gut, erst recht nicht, wenn es hart oder gammelig ist. Vergammelte Brocken können die Tiere krank machen, trockenes Brot quillt in den Hälsen und Mägen auf, wenn die Tiere trinken, und kann zu ernststen Problemen führen.

Auch die Gewässer sind durch übermäßiges Füttern gefährdet. Zum einen landet überschüssiges Futter im Wasser, die damit verbundenen Fäulnisprozesse können das ökologische Gleichgewicht stören. Außerdem ist die Population an einem Ort eng mit dem Futterangebot verknüpft. Je mehr Futter, desto mehr Vögel und entsprechend mehr Kot, der im Wasser landet – zu viel Kot und Futterreste führen zu einem Sauerstoffmangel im Gewässer, was wiederum die Ausbreitung von Keimen begünstigt, die tödlich für die Tiere sein können.

Umweltschutzvereine und Umweltämter bitten deshalb darum, die Vögel nicht zu füttern, mancherorts werden auch entsprechende Schilder aufgestellt. Zwar habe man Verständnis für den Wunsch von Menschen, Kontakt zur Natur und zu den Tieren zu haben. Füttern sei jedoch dabei kontraproduktiv.

Ein erster Vorschlag:

»Germania« in den Bärenzwinger?

Meine Idee für den Bärenzwinger: Hier könnte das Märkische Museum für Berliner Stadtgeschichte ein Modell von »Germania« ausstellen – ob aus Holz oder auch digital.

Der Bärenzwinger wurde unter den Nazis 1939 in Betrieb genommen und dient seitdem zum Hineingucken. Seine Fläche ist nach heutigen Maßstäben zu klein für artgerechte Bärenhaltung – für Teile eines »Germania«-Modells dürfte sie aber ausreichen, auch wenn die monströsen Planungen von Albert Speer für ein nationalsozialistisches Stadtzentrum nach einem gewonnenen zweiten Weltkrieg sehr viel Platz brauchen. Auf der einen Seite des Zwingers könnte das Umfeld der monumentalen »Große Halle« (fast so hoch wie der Fernsehturm) am Spreebogen gezeigt werden, auf der anderen der gleichfalls gigantische Südbahnhof am jetzigen Südkreuz. Die »Nord-Süd-Achse« dazwischen könnte man auf Hintergrundbildern darstellen.

Dieser Teil der Stadtgeschichte interessiert etliche Berliner und Besucher. Bei der Konzeption des Modells könnte man gut mit dem Verein »Berliner Unterwelten« zusammenarbeiten, der bereits ein Film-Modell der Nord-Süd-Achse ausstellt. In dessen unterirdische Räume am Bahnhof Gesundbrunnen passen aber nur maximal 99 Besucher. Die ständigen Schlangen davor stören inzwischen den Fußgängerverkehr am U-Bahn-Eingang erheblich. Am Märkischen Museum wären die Besucherströme dagegen willkommen.

Christof Schaffelder

Ausstellung: CIRCUMSTANCES

Im Zentrum steht der Kreisverkehr. Ein Loch im Stadtbild. Die neuen Arbeiten von Jeewi Lee und Ossian Fraser, die in der Ausstellung CIRCUMSTANCES präsentiert werden, befragen den Ist-Zustand des Moritzplatzes als einen Ort, der seit Ende des Zweiten Weltkriegs im Dämmerzustand verharrt. Unvorstellbar scheinen die »Goldenen Zwanziger«, in denen der Verkehrsknotenpunkt zwischen dem Kaufhaus Wertheim, Läden, prächtigen Kaffeehäusern und einem Theater zu einem der wichtigsten und lebhaftesten Zentren Berlins zählte. Salon am Moritzplatz, Oranienstraße 58 (Kreuzberg), noch bis 12. November, do–sa 14–19 Uhr



Wie weiter mit dem Eisfabrik-Areal?

Entwurfspläne für das Grundstück an der Spree – jedoch Stillstand beim alten Fabrikgebäude

In die Entwicklung des Eisfabrik-Areals zwischen Köpenicker Straße und Spreeufer scheint nach jahrelangem Stillstand nun Bewegung zu kommen – nämlich auf jenem Grundstücksteil, der der privatisierten TLG Immobilien AG gehört. Offenbar hat sich die TLG als Eigentümerin einen Partner ins Boot geholt. Es handelt sich jedoch vorerst nur um einen unverbindlichen Antrag für einen Bauvorbescheid, nicht für eine Baugenehmigung.

Der Entwurf für das private Bauvorhaben sieht rechts neben dem denkmalgeschützten Wohnhaus Köpenicker Straße 41 einen Neubau mit Wohnnutzung vor, der die Bombenlücke schließt. Auf dem hinteren Grundstücksteil ist ein Baukörper konzipiert, der sich bis zur Grundstücksgrenze am Spreeuferweg erstreckt. Die Höhe des Neubaus variiert dabei von vier bis sieben Geschossen. Das Grundstück ist als Mischgebiet für Wohnen und Gewerbe ausgewiesen, die Flächennutzungsanteile werden mit ca. 20% für Wohnen angegeben, der Rest für Kreativwirtschaft sowie anderes Gewerbe, wobei sich das Wohnen auf die Vorderhäuser konzentriert, während in den rückwärtigen Bauten gewerbliche, gastronomische und kulturelle Nutzungen untergebracht werden können. Dort soll auch eine Tiefgarage entstehen.

Still ruht die Eisfabrik

Soviel zum lukrativen Teil, und nun zum ehemaligen Kessel- und Maschinenhaus: Die Zukunft des denkmalgeschützten, seit 1995 stillgelegte Industriebaus ist weiterhin völlig ungewiss. 2008 hatte die Bochumer Telamon GmbH (die mit dem »Radialsystem« am anderen Spreeufer bereits einen erfolgreichen Kulturstandort entwickelt hat) die Eisfabrik von der TLG erworben, um hier einen ergänzenden Kulturort zum Radialsystem, dem DAZ und dem Kraftwerk zu schaffen. Diesem Vorhaben standen jedoch lange Zeit die Planungen der TLG im Weg, in direkter Nachbarschaft Luxuslofts zu bauen – eine Wohnnutzung hätte aber zu Konflikten mit einer öffentlichen kulturellen Nutzung geführt. Die TLG war an der Verwertung der beiden Grund-

stücksteile interessiert, weshalb sie auch die früheren Kühlhäuser abreißen ließ; das denkmalgeschützte und stark instandsetzungsbedürftige Kessel- und Maschinenhaus war da eher ein Klotz am Bein. Eigentlich wollte Telamon das gesamte Grundstück von der TLG kaufen, dann wäre auch eine Querfinanzierung der denkmalgeschützten Substanz möglich gewesen – doch die TLG wollte die freien Grundstücksteile lieber selbst entwickeln und vermarkten. So blieb der Telamon vorerst nur die Investition in die Sicherung des Gebäudes. Auch der Bezirk will den Erhalt und eine kulturelle Nutzung der Eisfabrik – ebenso die Betroffenenvertretung (BV), die sich seit Jahren für das Baudenkmal engagiert. Die BV findet die Stagnation alarmierend und ist besorgt um die Bausubstanz des alten Kessel- und Maschinenhauses. »Man muss verhindern, dass es irgendwann zusammenbricht. Seit das Gebäude zugemauert ist, ist keine Kontrolle des Zustands mehr möglich«, sagt ein Sprecher der BV. Deshalb wird ein entsprechendes Gutachten gefordert.

Natürlich ist auch der Betroffenenvertretung bewusst, dass eine Sanierung des Gebäudes bei einer kulturellen Nutzung kaum wirtschaftlich zu gestalten wäre. Angesichts des öffentlichen Interesses am Erhalt eines wichtigen Denkmals der Berliner Industriegeschichte fordert die BV energisch die Unterstützung des Landes Berlin, beispielsweise mit einer Sonderförderung oder notfalls durch die Übernahme der Immobilie: »Wir wollen bei den neuen politischen Vertretern in Senat und Bezirk das Bewusstsein für diesen Ort schärfen und Druck machen.« Dass sich Senat und Bezirk stärker für einen Kulturort an dieser Stelle einsetzen, hat auch die Telamon gefordert – schon vor fünf Jahren. us

Mehr zur Eisfabrik findet man auf der Website www.berlin-eisfabrik.de. Weitere Informationen zum aktuellen Stand auf der Website der Betroffenenvertretung: www.luise-nord.de

Leitlinien Bürgerbeteiligung

Bürgerwerkstatt am 25. November im Rathaus Mitte

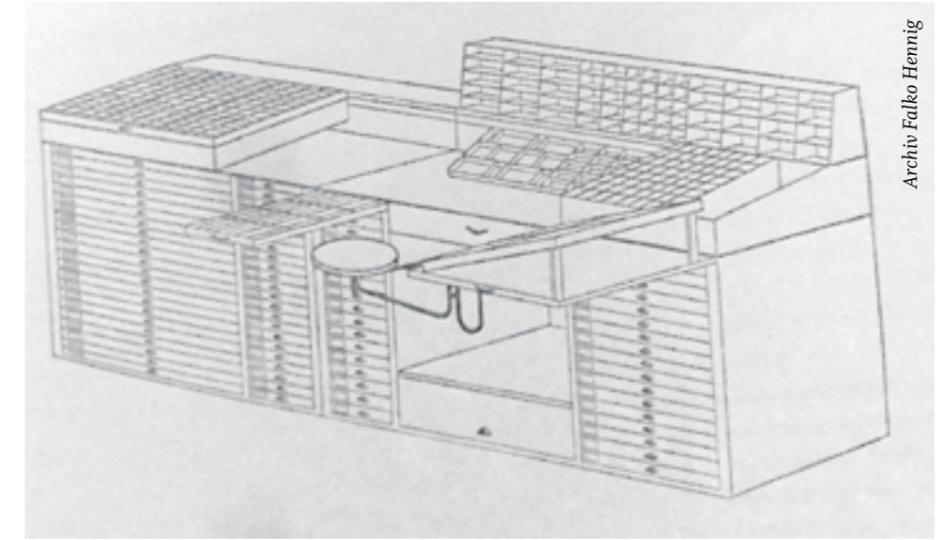
Am 25. November findet zwischen 16 und 20 Uhr eine öffentliche Bürgerwerkstatt im BVV-Saal des Rathauses Mitte (Karl-Marx-Allee 31) statt. Dort stellen die Mitglieder der »AG Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung im Bezirk Mitte von Berlin« einen ersten Entwurf vor, der öffentlich diskutiert und überarbeitet werden soll.

Die AG hat seit September bereits zweimal getagt und besteht aus Vertretern der Bürgerschaft, der Verwaltung und der Politik. Teilgenommen haben bislang zum Beispiel der ehemalige Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke (SPD), der damalige Bezirksstadtrat für Soziales und Bürgerdienste (und neue Bürgermeister) Stephan von Dassel (Grüne), Bezirksstadtrat Carsten Spallek (CDU) sowie Vertreter des Stadtplanungsamtes, des Straßen- und Grünflächenamtes, des Jugendamtes, des Amtes für Weiterbildung und Kultur, des Gesundheitsamtes und des Kinder- und Jugendbüros. Auch die BVV-Fraktionen entsandten Verordnete, deshalb werden jetzt auch Vertreter der AfD und der FDP hinzu kommen.

Die Leitlinien sollen unter Einbeziehung der Öffentlichkeit bis zum Frühjahr 2017 entwickelt werden. Ziel ist es, die Beteiligungskultur im Bezirk zu stärken und das Vertrauen zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft zu festigen. Auch online sollen Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen in den Prozess einbringen: Noch bis 7.12. findet auf »mein.berlin.de« ein Online-Dialog statt, bei dem Interessierte den Entwurf diskutieren und ergänzen können. cs

Erinnerungen an die BS Rudi Arndt (3)

Kolumne für die lesenden Drucker über einen Brief von alten Hasen



Für mich als Kolumnist der »Ecke Köpenicker«, von Insidern kurz »Ecke« genannt, ist es erfreulich, von den Wegen zu erfahren, die meine darin abgedruckten Artikel zur Betriebsberufsschule (BS) Rudi Arndt genommen haben. Und vielleicht noch etwas mehr erfreut mich das Wissen darum, dass die Drucker diese Zeitung nicht nur drucken, sondern sie auch lesen.

Denn manchmal kreuzen sich die Schicksale von Artikeln, Menschen und Büchern, so wie ich es im Folgenden beschreiben kann. Als ich zu meiner früheren Berufsschule zu forschen begann, war ich völlig baff, keine Chronik der Lehrinrichtung zu finden. Trotz großer Bemühungen fand ich nicht einmal heraus, wann diese Ausbildungsstätte der polygrafischen Industrie der DDR genau gegründet worden ist. Jetzt endlich weiß ich es und in diesem Artikel wird es enthüllt. Denn ein mysteriöser Brief traf am 10. Oktober bei mir ein, mit korrekter Briefmarke, aber ohne Poststempel und auch der Brief selbst war ohne Datum. Eine ordentliche Handschrift, der Absender war mir unbekannt, eine Frau Witte schrieb mir aus der Heidekrugstraße noch weit hinter Köpenick.

Ich las und erinnerte mich an einen Anruf einer Dame bei mir einige Tage zuvor. Die Anruferin hatte von ihrer Mutter erzählt und jetzt las ich es handschriftlich: Jawohl, ihre Tochter habe meine Artikel über die Rudi Arndt mitgebracht und sie und ihr Mann hätten von 1954 bis 1957 die damalige ZGL besucht. Wofür steht ZGL? Es ist die Abkürzung für »VEB Zentrale grafische Lehrwerkstatt Groß-Berlin«. Aus Eitelkeit muss ich aus dem Brief von Frau Witte zitieren:

»Ihre Artikel sind sehr interessant.« Offensichtlich wolle ich mehr über die Geschichte der Schule erfahren und es gebe da den ehemaligen Lehrkollegen Klaus-Dieter Kürschner, der ein Buch über die ZGL besitze und einem Kontakt nicht abgeneigt sei. Die Telefonnummer stand dabei, und weiter schrieb Frau Witte:

»Außerdem haben wir ›alten Hasen‹ demnächst ein Klassentreffen, etwa 15 ehemalige Schriftsetzer und Schriftsetzerinnen. Vielleicht wollen Sie mal vorbeischaun.« Das will ich allerdings und es wäre schon ein kleines Wunder, wenn sich aus diesem Treffen nicht eine weitere Kolumne über die Rudi Arndt für die Ecke ergäbe!

Aber zuerst rief ich bei Herrn Kürschner an. Der war gut im Bilde: Ja, er habe ein Buch zur BS Rudi Arndt, aber das wolle er nicht verbor-gen. Zu viele unersetzliche Bücher seien ihm auf diese Art abhanden gekommen. Immerhin war er einverstanden, sich mit mir zu verabreden und als ich erzählte, dass es noch immer die Gaststätte Marinehaus am Märkischen Museum gebe, machten wir dort ein Treffen aus. Ich würde ihn an den weißen Haaren erkennen.

Ein Bleisatz-Arbeitsplatz

Und so war es dann auch. Wir hatten nicht reserviert und fanden in dem rammelvollen Lokal gerade noch an einem Stehtisch Platz. Herr Kürschner ist ein gut erhaltener Herr von über 80 Jahren, er hat Schriftsetzer gelernt, aber nie als solcher gearbeitet, war beim Kinderbuchverlag, ein Buch über den Zirkus Krone hat er geschrieben und für Dussmann die Öffentlichkeitsarbeit gemacht.

Er erinnerte sich an den Direktor der »Rudi Arndt« in den 50er Jahren, der war eigentlich Koch, also nicht gerade vom polygrafischen Fach, aber er konnte gut mit der Jugend.

Herr Kürschner übergab mir das großformatige Buch aus dem Jahr 1960 und fasziniert fotografierte ich es ab, während er seine Bohnensuppe aß.

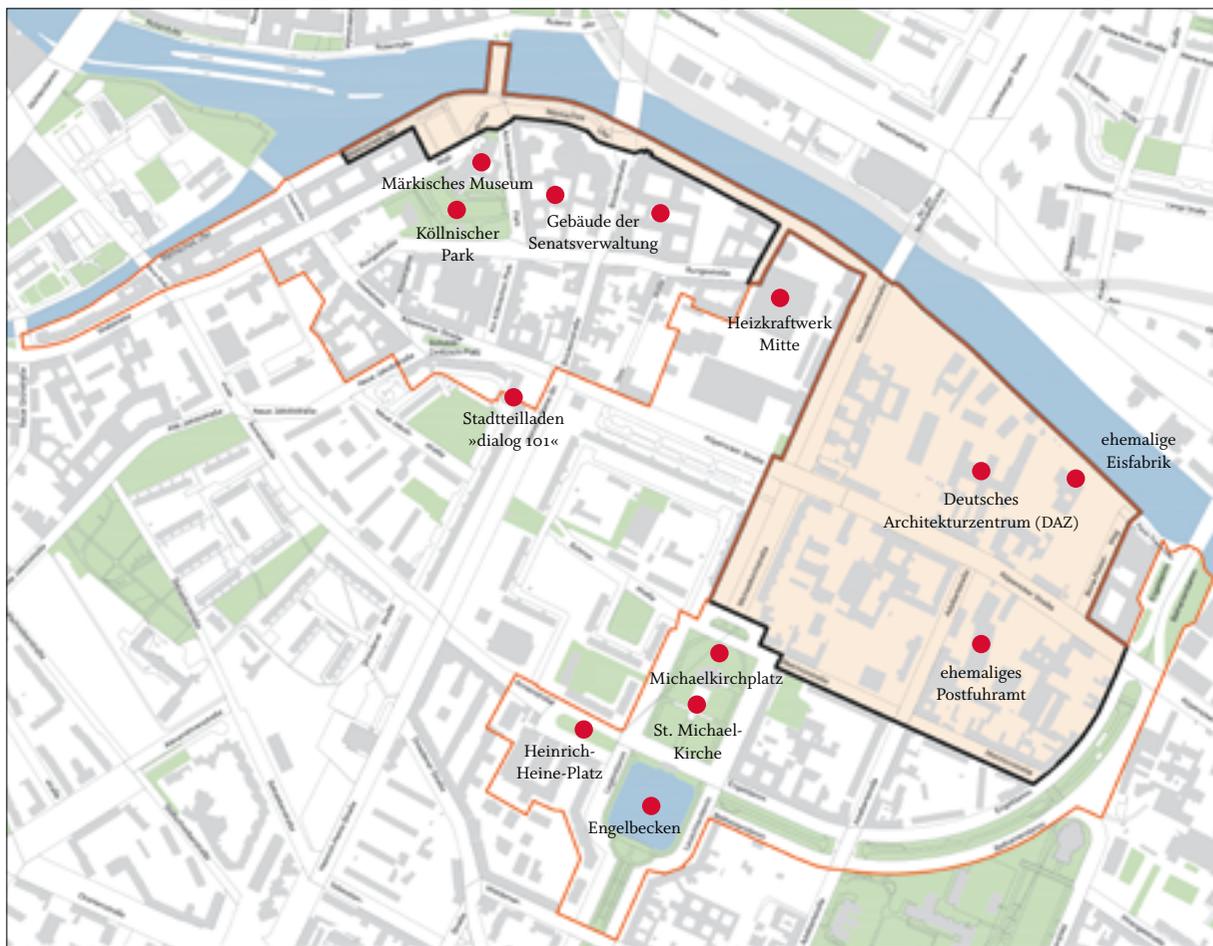
Das Werk ist sehr schön gedruckt und in grauem Leinen mit Prägung gebunden, es heißt schlicht »1950–1960, 10 Jahre Betriebsberufsschule Rudi Arndt« und als Autor werden lediglich Schulleitung und Fachgruppen genannt. Es ist eine erstklassige Buchbinderarbeit: »Die Gesamtherstellung erfolgte in den Werkstätten der Betriebsberufsschule Rudi Arndt, Ausbildungsstätte der polygrafischen Industrie, Berlin C 2, Michaelkirchstraße 17.«

Rudi Arndt war Schriftsetzer, hieß eigentlich Rudolf, 1938 kam er als »politischer Jude« ins KZ Buchenwald und wurde von der SS »auf der Flucht« erschossen. Er war gerade mal Anfang 30.

Die Frage aller Fragen, wann denn nun die Rudi Arndt genau ihren Namen bekommen hat, wird auf Seite 15 der Chronik beantwortet: »Anlässlich des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde unserer Schule am 7. November 1957 der Name Rudi Arndt verliehen.« Falko Hennig

Wird fortgesetzt!

Der Autor lädt täglich zum Stadtspaziergang »Lilienthal & Genossen« (2h, € 12,-) durch die Luisenstadt und den schmalsten Park Berlins ein, Treffpunkt: 11 & 14 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße Ecke Köpenicker, Anmeldung für mindestens 5 Personen erforderlich: 0176-20 21 53 39.



 Sanierungsgebiet
 Nördliche
 Luisenstadt

 Erhaltungsgebiete

Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

[Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung](#)
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin
 Fachbereichsleitung: Kristina Laduch,
 Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

[Sanierungsverwaltungsstelle](#)
 Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
 Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
 Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
 Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21
wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

[Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt](#)
 Referat IV C – Stadterneuerung
 Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
 Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

[Gebietsbetreuung Luisenstadt \(Mitte\)](#)
 Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
 Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
 Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
 Urte Schwedler, Tel 33 00 28 44,
schwedler@kosp-berlin.de
www.luisenstadt-mitte.de

Bürgersprechstunde: Montag 14–18 Uhr
 im Stadtteilladen dialog 101,
 Köpenicker Straße 101

[Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt](#)
 Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

[Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt](#)
 Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr, Stadtteilladen dialog 101, Köpenicker Straße 101,
 Ansprechpartner: Volker Hobrack,
 Tel 275 47 69, volker.hobrack@gmail.com
 bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luisse-nord.de

[Bürgerverein Luisenstadt](#)
 Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
 10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
buerer@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
 Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr